

Niederschrift UAJ/015/2013

über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses
"Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und
Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine
am 08.07.2013

Die heutige Sitzung des Unterausschusses "Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im in der Jugendwerkstatt des Caritasverbandes Rheine e.V., Birkenallee 151, 48432 Rheine.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzende
----------------------	-----	----------------------------

Mitglieder:

Herr Dennis Afting-Bühmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Johannes Lammers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Bärbel Tiekötter		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Gäste:

Frau Ulrike Paege		
Frau Heike Barnes		Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Elke Bolte	SPD	
Herr Hans-Georg Hüske		Stadtjugendring

Frau Rensinghoff	CV Rheine
Frau Wolf	CV Rheine
Herr Niemann	CV Rheine
Frau Stecker-Schürmann	CV Rheine
Frau Bolsmann	CV Rheine
Herr van der Helm	CV Rheine

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 2
Frau Medina Atalan	Jugendhilfe- und Sozialplanerin
Herr Wolfgang Neumann	Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Rickert	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Frau Sara Neto Alves	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
----------------------	--

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Frau Stecker-Schürmann, die Leiterin der Einrichtung Ausschussmitglieder und Gäste in der Jugendwerkstatt des Caritasverbandes.

Die Tagesordnung wird wie folgt beraten:

Öffentlicher Teil:

1. Vorstellung der Einrichtung "Jugendwerkstatt" des Caritasverbandes Rheine e.V.

Herr van der Helm und Frau Bolsmann, die die Einrichtung betreuen, stellen die konkrete Arbeit vor:

Die Jugendwerkstatt sei ein niedrighschwelliges Beratungsangebot für Jugendliche ab 15 Jahren, denen der direkte Zugang zur Einrichtung ohne vorherige Antragstellung beim Jugendamt möglich sei.

Eine besondere Zielgruppe seien Schulverweigerer im Alter von 12 bis 18 Jahren.

In allen Fällen gehe es um niedrigschwellige Hilfsangebote bei der privaten und beruflichen Lebensplanung. Die Hilfesuchenden kämen aus vor allem aus den Bereichen Förderschule, Hauptschule, aber auch aus der Realschule.

Auf Nachfrage von Herrn Beckmann nach der Kontaktaufnahme zeigt Frau Bolsmann auf, dass vor allem die Kontakte zu den Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern die Basis für die Kontaktaufnahme seien. Schulverweigerer kämen auf diesem Wege zur Klärung ihres persönlichen Unterstützungsbedarfs vorübergehend in die Jugendwerkstatt.

Dabei werde Wert auf eine sinnvolle Beschäftigung gelegt. So würden hier von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern meistens Gegenstände für den Eigenbedarf, wie Regale oder Tische gefertigt. Dabei werde Wert auf individuelle Gestaltungsmöglichkeiten gelegt.

Herr van der Helm berichtet von einem weiteren Projekt mit dem Berufskolleg und der Grüterschule, in dem Lehrer dieser Schulen in die Arbeit der Jugendwerkstatt vor Ort eingebunden werden.

Durchschnittlich kämen 6 bis 8 Teilnehmer pro Tag in die Einrichtung. Das Zahlenverhältnis von Männern und Frauen sei ausgeglichen, bei den Schulverweigerern seien es mehr Frauen.

Die Motivation sei bei vielen zunächst, durch die Arbeit in der Jugendwerkstatt ein wenig Geld zu verdienen. Durch den Kontakt könne dann eine Beziehung zu den Mitarbeitern der Werkstatt aufgebaut werden.

Herr Gausmann fragt nach dem Werkstattprojekt mit Schulverweigerern.

Frau Bolsmann berichtet, dass aktuell mit 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gearbeitet werde, die durchschnittlich 6 Monate in der Werkstatt betreut würden und anschließend meist in berufsvorbereitende Maßnahmen wechselten. Hier gehe es vor allem um die Vermittlung von Basiskompetenzen.

Herr Gausmann zeigt zur aktuellen Finanzierungsproblematik der Einrichtung auf, dass die Förderung der Einrichtung aus ESF-Mitteln (Europäischer Sozialfonds) Ende des Jahres auslaufen werde. Damit entstehe eine Finanzierungslücke in Höhe von rund 60.000 € für die Jugendwerkstatt.

Hier werde in den Gesprächen mit dem Kreis und dem Caritasverband nach einer Lösung gesucht werden müssen. Letztlich gehe es dabei um eine politische Entscheidung: „Wer kümmert sich künftig um diesen Personenkreis“

Frau Leskow dankt den Gesprächspartnerinnen und -partnern für die ausführlichen Informationen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

2. Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan - Teilplan Jugendsozialarbeit

Frau Rensinghoff, die Leiterin des Fachbereichs Kinder-, Jugend- und Familienberatung des Caritasverbandes gibt Informationen über Rahmenbedingungen der

Arbeit der Jugendberatungsstelle des Caritasverbandes Rheine e.V. Sie verweist auf die enge Vernetzung der Beratungsstelle mit der Jugendwerkstatt. Finanziert werde die Beratungsstelle durch Zuschüsse des Landes für 1,6 Stellen, in Höhe von 43.000 €, die verbleibenden Kosten würden aus Eigenmitteln des Caritasverbandes gedeckt. Der Einsatz von Eigenmitteln sei Voraussetzung für die Landesförderung.

Frau Wolf und Herr Niemann geben Informationen über die Arbeit der Beratungsstelle:

Sie zeigen auf, dass nahezu 90 % der Jugendlichen die Beratungsstelle aus eigenem Antrieb aufsuchen würden. Intensive Kontakte gebe es sowohl zur Jugendwerkstatt, als auch zur Abteilung Reintegration und Verselbständigung des Jugendamtes.

Die Jugendlichen kämen oft ohne vorherige Terminabsprache. Dieser Erstkontakt werde genutzt, um mit den Jugendlichen die weiteren Schritte zu vereinbaren.

Auf Nachfrage von Frau Paege bestätigt Frau Wolf, dass viele Kontakte durch Vermittlung der Schulsozialarbeit zustande kämen. Aber auch Beratungslehrer seien Ansprechpartner für Jugendliche.

Die Zahl der Jugendlichen, die aus eigener Initiative zur Beratungsstelle kommen, nehme erkennbar zu. Zunehmend nutzen auch Gymnasiasten die Angebote der Beratungsstelle.

Auf Nachfrage von Herrn Beckmann bestätigt Herr Timpe, dass auch zwischen den Jugendzentren und der Beratungsstelle häufig Kontakte vermittelt würden.

Herr Niemann gibt an, dass im ersten Halbjahr 2013 bereits 154 Jugendliche die Beratungsstelle aufgesucht hätten, 80 Männer und 74 Frauen.

Herr Gausmann beschreibt, dass neue Einflussfaktoren, wie Gewalt und Mobbing, aber auch zunehmende individuelle Überforderung mehr Hilfesuchende die Beratungsstelle aufsuchen ließen: „Die alte Zielgruppe sei gleich geblieben, neue hinzugekommen“

Herr Lammers fragt nach, wie Schule und Jugendamt von der Beratungsstelle über die aktuellen Entwicklungen in Kenntnis gesetzt würden.

Frau Rensinghoff verweist auf die kontinuierliche Evaluation insbesondere mit dem Jugendamt, da Veränderungen oft sehr schnell aufträten. Herr Gausmann verweist auf die Vertragsverhandlungen mit dem Caritasverband, in die dieses Thema aufgenommen werde.

Herr Dörnhoff fragt nach, wie das Thema Inklusion von der Beratungsstelle gesehen werde.

Herr Niemann beschreibt dies als Herausforderung, da die meisten Klienten aus sogenannten Randgruppen kämen. Inzwischen gebe es aber erste Projekte mit Einrichtungen für behinderte Menschen.

Herr Gausmann schätzt die künftige Entwicklung dahin gehend ein, dass trotz verbesserter Nachfrage am Arbeitsmarkt die wichtigste Zielgruppe der Beratungsstelle mit den individuellen sozialen Defiziten kaum zurückgehen werde.

Frau Leskow dankt den Mitarbeitern der Beratungsstelle für die ausführlichen Informationen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

3. Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses am 06.05.2013

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift keine Bedenken erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

4. Bericht der Verwaltung

Herr Neumann berichtet, dass alle Veranstalter von Ferienlagern mit dem Bescheid über die Förderung ihrer Freizeiten aufgefordert wurden, von den ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern erweiterte polizeiliche Führungszeugnisse einzuholen.

Dazu wurde mit dem Bürgerservice ein vereinfachtes Verfahren für die Beantragung vereinbart.

Die Erfahrungen sollen nach den Sommerferien mit den Beteiligten ausgewertet werden und dann in die anstehenden Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendarbeit einfließen.

Auf Nachfrage nach der ersten Resonanz erklärt Herr Neumann, dass der Grundsatz akzeptiert sei, dass Prozedere jedoch noch geklärt und verbessert werden müsse.

Herr Gausmann ergänzt, dass das Jugendamt Rheine das erste im Kreisgebiet sei, das eine eigene Regelung getroffen habe.

Frau Paege fragt, wie lange die Führungszeugnisse gültig seien. Herr Gausmann hält es für sinnvoll, mit den Trägern einen Zeitraum zu vereinbaren, der für die Ehrenamtlichen praktikabel ist. Dies könne ein Zeitraum von 3 Jahren sein.

Auf Nachfrage, ob mit der Vereinbarung mit den Trägern aus der Empfehlung eine Verpflichtung werde, erklärt Herr Gausmann, dass dies in die Richtlinien als Voraussetzung für die Förderung aufgenommen werden könne.

5. Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit

Herr Neumann verweist auf die Vorlage und ergänzt dazu, dass das Thema Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit schon immer in vielen Einzelfällen geübte Praxis gewesen sei.

Künftig solle die Kommune Rahmenbedingungen schaffen, die diese Praxis nicht zur Ausnahme, sondern zum Regelfall machen solle.

Dazu sei es notwendig, Strukturen zu schaffen, die die Vernetzung der Kinder- und Jugendarbeit mit den Interessenvertretern der Arbeit für Menschen mit Behinderungen fördern.

Es werde auch darum gehen, hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für dieses Thema zu qualifizieren. Dabei sei klar, dass es sich dabei um einen Prozess handeln wird, der schrittweise umgesetzt werden müsse.

Herr Beckmann fragt nach, ob es in Rheine einen „Behindertenführer“ gebe. Herr Gausmann erklärt dazu, die bisherigen Einzelinformationen sollten im nächsten Jahr in einen solchen Werk zusammengefasst werden. Er ergänzt, dass Schulen inzwischen barrierefrei seien, was jedoch für viele Jugendeinrichtungen noch nicht gelte. Im Übrigen beschränke sich Inklusion nicht auf das Thema Barrierefreiheit.

Frau Paege beschreibt die integrativen Angebote der Familienbildungsstätte als sehr personalintensiv.

Herr Börger hält es für ein Versäumnis, dass es in Rheine noch keinen Integrationsförderplan gebe. Demgegenüber steht die Meinung, dass Regeln und Pläne allein noch keine Integration bewirken könnten. Es komme vielmehr auf die Grundhaltung zu der Thematik an, die dann im Einzelnen in konkreten Projekten umgesetzt werden müsste.

Es besteht Einvernehmen, dass diese Thematik nicht nur den Jugendhilfeausschuss betrifft, sondern die Gesamtverwaltung und den Rat zu einer Grundsatzentscheidung verpflichtet wird.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Einwohnerfragestunde

Keine Einwohnerfragen.

7. Verschiedenes

Frau Leskow bittet um Auskunft, warum in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses keine Information über die anstehenden Probleme mit dem notwendigen Umzug der Kinder der Tagesstätte St. Dionys nach Bentlage gegeben wurden.

Herr Gausmann erklärt dazu, dass die Situation dem Jugendamt am Donnerstag noch nicht konkret bekannt war. Er verweist auch auf den Umzug des Franziskus-Kindergartens in das Pfarrhaus St. Dionys, der damals wegen eines Wasserschadens während des Umbaus notwendig wurde. Auch darüber wurde der JHA nicht informiert, da dies aus seiner Sicht laufendes Geschäft der Verwaltung sei.

In erster Linie sei es in der Verantwortung des Trägers, mit den Betroffenen das notwendige Verfahren und die Lösungen zu vereinbaren.

Herr Lammers sieht in der Problematik unterschiedliche Einschätzungen. Auch er sieht die Verantwortung beim Träger der Tagesstätte.

Die nächste Sitzung soll am 23. September 2013 um 17:00 Uhr in der Familienbildungsstätte stattfinden.

Ende der Sitzung:

19:00 Uhr

Gabriele Leskow
Ausschussvorsitzende

Wolfgang Neumann
Schriftführer